Träger öffentlicher Belange

von folgenden Stellen wurden keine Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:

1. Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
Postfach 1254
49702 Meppen
 2. Landwirtschaftskammer Niedersachsen
Postfach 1947
49649 Cloppenburg
 3. Deutsche Telekom Technik GmbH
Hannoversche Str. 6 -8
49084 Osnabrück
 4. GLH Auffanggesellschaft für Telekommunikation mbH
Beta-Straße 1
85774 Unterföhring
 5. Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH
Vahrenwalder Str. 236
30179 Hannover
 6. Ericsson Services GmbH
Prinzenallee 21
40549 Düsseldorf
 7. Exxon Mobil Production Deutschland GmbH
Riethorst 12
30659 Hannover
 8. Gastransport Nord GmbH
Cloppenburger Straße 363
26133 Oldenburg
 9. Niedersächsische Landesforsten
Forstamt Ankum
Lindenstraße 2
49577 Ankum
 10. Deutsche Telekom Technik GmbH
Ziegelleite 2-4
95448 Bayreuth
-

Träger öffentlicher Belange

von folgender Stelle wurden Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:

1. Landkreis Vechta
Ravensberger Str. 20
49377 Vechta	29.07.2021
2. Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg
Behörde für Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutz
Theodor-Tantzen-Platz 8
26122 Oldenburg	06.07.2021
3. Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband
Georgstraße 4
26919 Brake	28.07.2021
4. Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr
Geschäftsbereich Osnabrück
Mercatorstraße 11
49080 Osnabrück	13.07.2021
5. Hase-Wasseracht
Bahnhofstraße 2
49632 Essen-Oldenburg	04.08.2021
6. Avacon Netz GmbH
Watenstedter Weg 75
38229 Salzgitter	29.06.2021
7. EWE Netz GmbH
Emsteker Str. 60
49661 Cloppenburg	01.07.2021
-

Anregungen		Abwägungsvorschläge
<p>Landkreis Vechta Ravensberger Str. 20 49377 Vechta</p>		
<p>Hinsichtlich der von mir wahrzunehmenden Belange bestehen gegen den Bebauungsplanentwurf grundsätzlich keine Bedenken.</p>		
<p><u>Umweltschützende Belange</u></p>		
<p>Entlang der östlichen Grenze des B-Planes Nr. 19 - 1. Änderung befindet sich eine festgesetzte Kompensationsfläche. Dieser Bereich wird teilweise überplant und teilweise geht diese Fläche in die geplante Gehölzerhaltungsfläche ein. Es handelt sich um eine bestehende Kompensationsfläche, so dass der festgesetzte Bereich innerhalb der Gehölzerhaltungsfläche keine Kompensationswirkung für den vorliegende B-Plan entfalten kann, sondern lediglich als Teil einer bestehenden Kompensationsfläche gelten kann.</p>		<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, der festgesetzte Bereich aus dem Ursprungsplan Nr. 19., 1. Änderung, innerhalb des äußersten nördlichen Teils der Gehölzerhaltungsfläche des B-Planes Nr. 160 entfaltet keine Kompensationswirkung für den vorliegenden B-Plan, sondern wird lediglich als Teil der Gehölzerhaltungsfläche in den vorliegenden B-Plan übernommen.</p>
<p>In dem Bebauungsplanentwurf werden ökologische Ausgleichsflächen auf privaten Grünflächen festgesetzt. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass die Um- und Durchsetzung von Anpflanzungsmaßnahmen auf privaten Grundstücksflächen erhebliche Probleme bereitet. Aus diesem Grund sollten die Anpflanzflächen als öffentliche Grünflächen festgesetzt werden.</p>		<p>Der Anregung wird dahingehend gefolgt, dass die Anpflanzfläche als öffentliche Grünfläche festgesetzt und mithilfe eines städtebaulichen Vertrages sichergestellt wird, dass die Um- und Durchführung stattfindet.</p>
<p>In der Eingriffsblanzierung ist bei der Bewertung des Planzustandes die neu anzulegende Anpflanzfläche in der Größe von 120 m² mit 1,5 WE einzustellen. Die entsprechende Ackerfläche ist mit 1 WE einzustellen.</p>		<p>Den Hinweisen wird gefolgt, die Wertfaktoren und die Werteinheiten werden in der Eingriffsblanzierung entsprechend angepasst.</p>
<p>Die fehlenden 30 m² für die zu verlagernde Kompensationsfläche sollen zusammen mit dem Nachweis von 180 m² aus dem Artenschutzrecht auf dem Flurstück 35/5 der Flur 18, Gemarkung Dinklage nachgewiesen werden. Es sind räumliche Angaben zu Maßnahmen auf dem Flurstück erforderlich.</p>		<p>Die in der Plandarstellung vorhandene Abbildung („Flächen für Kompensationsmaßnahmen“) wird mit einer Darstellung des vorgesehenen Bereichs auf dem Flurstück ergänzt.</p>
<p>Zum Schutz der geplanten Gehölzanzpflanzflächen vor Beeinträchtigungen ist die Baugrenze in einen Abstand von 5 m festzusetzen. Außerdem ist die Textlichen Festsetzung Nr. 8 Satz 2 wie folgt zu ergänzen: "Abgänge oder Beseitigungen aufgrund einer Befreiung sind gleichwertig und gleichartig innerhalb eines Jahres zu ersetzen."</p>		<p>Der Anregung wird teilweise gefolgt. Das Ziel und Zweck dieser Bauleitplanung ist die geringfügige Erweiterung eines bestehenden Betriebes. Diese Erweiterung geht lediglich im geringen Maß über das bereits vorhandene Baurecht hinaus. Aus diesem Grund wird auf eine zusätzliche Einschränkung in Form der Verringerung der Baugrenze verzichtet. Ferner werden,</p>

Anregungen		Abwägungsvorschläge
<p>Die im Rahmen der vorliegenden Planung durchgeführte Spezielle Artenschutzrechtliche Prüfung ist in Bezug auf die Artengruppe der Fledermause zu ergänzen. Gemäß der Worst-Case-Analyse ist im Plangebiet Baumbestand mit Habitatpotential vorhanden. Des Weiteren kann eine Bedeutung des Plangebietes als Jagdgebiet für Fledermause nicht ausgeschlossen werden. Um den artenschutzrechtlichen Verbotstatbestand der Schädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu vermeiden, sind vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen. Diese orientieren sich anhand folgender Maßgaben: pro zu fallender Höhlen- bzw. Habitatbaum sind 2 künstliche Fledermausquartiere (Sommer- und/oder Ganzjahresquartiere) anzubringen. Der Verlust von Fledermausjagdhabitaten ist im Rahmen der Eingriffsregelung durch die Neuschaffung von Jagdhabitaten im funktionalen Zusammenhang auszugleichen.</p> <p>Die in der Speziellen Artenschutzrechtlichen Prüfung als CEF-Maßnahmen vorgesehene Aufhängung von je drei Kästen für die Arten Gartenrotschwanz, Grauschnäpper und Star sind lagernmäßig in einer Karte darzustellen. Die in Frage kommenden Quarterbäume sind in der Planzeichnung als zu erhalten festzusetzen. Zum Erhalt der ökologischen Funktion der Fortpflanzungsstätte ist gemäß des Umweltberichtes als CEF-Maßnahme für</p>		<p>entsprechend der aktuellen Entwicklungsvorstellungen, in dem in Rede stehenden Bereich keine neuen Versiegelungen vorgenommen, sodass Beeinträchtigungen der geplanten Gehölzanzpflanzungen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden können. Gleichwohl wird der Anregung dahingehend gefolgt, dass die textliche Festsetzung Nr. 8 um den nebenstehenden Hinweis redaktionell ergänzt wird.</p> <p>Der nebenstehenden Anregung wird teilweise gefolgt. Der am Ende der Stellungnahme des Landkreises aufgeführte Hinweis zum Artenschutz, der redaktionell in die Plandarstellung und den Umweltbericht ergänzt wird, regelt das Vorgehen im Falle von potenziellen oder nachgewiesenen Fledermausquartieren bei der Fällung von Bäumen bereits weitreichend. Dementsprechend werden vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen als nicht erforderlich angesehen. Der Verlust von potenziell vorhandenen, kleinflächigen Fledermausjagdhabitaten im östlichen Teil des Geltungsbereiches wird durch die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im räumlichen Zusammenhang mit den überplanten Gehölzbereichen weitgehend ausgeglichen (Anpflanzfläche im Geltungsbereich und Ersatzfläche östlich an den Geltungsbereich angrenzend). Die sich im westlichen Geltungsbereich befindende Grünlandfläche, die ebenfalls ein potenzielles Jagdhabitat darstellen könnte, unterliegt allerdings nicht der Eingriffsregelung im Rahmen des vorliegenden B-Planes Nr. 106, da dort der bestehende Ursprungsplan Nr. 19., 1. Änderung, gilt. Das Vorliegen eines artenschutzrechtlichen Verbotstatbestandes hingegen ist unwahrscheinlich, da der erwähnte Grünlandbereich (mit einer maximalen Größe von knapp 4.300 m²) kein essenzielles Jagdhabitat für potenziell vorkommende Fledermausarten darstellen wird, dessen Verlust mittelbar zu einer erheblichen Verminderung oder einem Verlust der Fortpflanzungs- oder Ruhefunktionen und damit zu einem artenschutzrechtlichen Verbotstatbestand der Schädigung der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 3 führen könnte. Die Spezielle Artenschutzrechtliche Prüfung wird dem entsprechend ergänzt.</p> <p>Der nebenstehenden Anregung wird teilweise gefolgt. Die Darstellung von Einzelbäumen zum Erhalt innerhalb der festgesetzten öffentlichen Grünfläche wird als nicht verhältnismäßig angesehen. Es ist davon auszugehen, dass genügend geeignete Bäume zur Aufhängung der Nistkästen vorhanden sind. Die in der Plandarstellung vorhandene Abbildung („Flächen für Kompensationsmaßnahmen“) wird mit einer Darstellung des vorgesehenen Bereichs für die Anlage des Gehölz- und Ruderalbereichs ergänzt.</p>

Anregungen		Abwägungsvorschläge
<p>den Bluthänfling und die Nachtigall ein ca. 300 m² großer Gehölz- und Ruderalbereich anzulegen. 120 m² dieser anzulegenden Flächen wird im Rahmen der im Bebauungsplan festgesetzten Anpflanzfläche auf ca. 120 m² nachgewiesen. Eine Fläche in einer Größenordnung von 180 m² soll auf dem Flurstück 355 der Flur 18, Gemarkung Dinklage nachgewiesen werden. Es sind räumliche Angaben zu Maßnahmen auf dem Flurstück erforderlich.</p> <p>Zu den durchzuführenden CEF-Maßnahmen ergeht der Hinweis, dass diese unmittelbar am betroffenen Bestand ansetzen und mit diesem räumlich-funktional verbunden sind und zeitlich so durchgeführt werden müssen, dass zwischen dem Erfolg der Maßnahme und dem Eingriff keine zeitliche Lücke entsteht.</p> <p>Für die Gehölzanzpflanzungen ist ausschließlich autochthones Pflanzmaterial aus regionalen Beständen (§40 Abs. 4 BNatSchG) zu verwenden. Außerdem sollte in die Plandarstellung ein direkter Hinweis auf die Anwendung der DIN 18920 "Regelungen zum Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen" zum Schutze der Gehölzstrukturen während der Bautätigkeit aufgenommen werden.</p> <p>Der Hinweis zum Artenschutz ist wie folgt zu ergänzen:</p> <p>"Um die Verletzung und Tötung von Individuen auszuschließen, sind Bau-, Abriss- und Rodungsarbeiten, der Auf- und Abtrag von Oberboden sowie vergleichbare Maßnahmen nur außerhalb der Brutphase der Vögel und außerhalb der Sommerlebensphase der Fledermäuse durchzuführen (d.h. nicht vom 01. März bis zum 30. September). Zur Vermeidung von Verstößen gegen artenschutzrechtliche Bestimmungen sind ganzjährig ummittelbar vor dem Fällen die Bäume durch eine sachkundige Person auf das Vorkommen besonders geschützter Arten, insbesondere auf die Bedeutung für</p>		<p>Der Hinweis zu den durchzuführenden CEF-Maßnahmen wird zur Kenntnis genommen. Die CEF-Maßnahmen setzen unmittelbar an betroffenen Bestand an und sind mit diesem eng räumlich-funktional verbunden; zur Verdeutlichung des Vermeidens einer zeitlichen Lücke wird der im Umweltbericht bereits enthaltene Hinweis in der Plandarstellung ergänzt um die folgenden Sätze:</p> <p>„Die Durchführung der CEF-Maßnahme ist rechtzeitig vor der Brutzeit, welche direkt vor Beginn des Eingriffes liegt, zu gewährleisten. Wird der Eingriff noch vor der nächsten Brutzeit vorgenommen, sind die Maßnahmen spätestens vor Beginn der nächsten Brutzeit umzusetzen. Die CEF-Maßnahme ist dauerhaft zu erhalten und gem. § 1a Abs. 3 S.4 BauGB über einen städtebaulichen Vertrag zu sichern.“</p> <p>Der Anregung wird dahingehend gefolgt, indem neben dem bereits in Kap. 5.3.1 des Umweltberichtes vorhandenen Passus zur Verwendung gebiets-eigenen Saatgutes und Pflanzmaterial in Kap. 5.3.2 ein ebensocher ergänzt wird. Außerdem wird in die Plandarstellung ein Hinweis auf die Anwendung der DIN 18920 "Regelungen zum Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen" aufgenommen.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt, der Hinweis zum Artenschutz wird im Umweltbericht und in der Plandarstellung dementsprechend ergänzt.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>höhlenbewohnende Vogelarten, für Gehölzbrüter sowie auf das Fledermausquartierpotenzial zu überprüfen. Vorhandene Gebäude sind vor der Durchführung von Sanierungsmaßnahmen bzw. Abrissarbeiten durch eine sachkundige Person auf Fledermausvorkommen sowie auf Vogelniststätten zu überprüfen. Werden besetzte Vogelnester, Baumhöhlen oder Fledermause festgestellt, sind die Arbeiten umgehend einzustellen und das weitere Vorgehen ist mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Vechta abzustimmen. Umfang und Ergebnis der biologischen Baubegleitung sind in einem Kurzbericht/Protokoll nachzuweisen. Im Falle der Beseitigung von Fledermaushöhlen oder Nisthöhlen sind im räumlichen Zusammenhang dauerhaft funktionstfähige Ersatzquartiere einzurichten. Anzahl und Gestaltung der Kästen richten sich nach Art und Umfang der nachgewiesenen Quartiernutzung.</p> <p>Zur Vermeidung erheblicher Störungen potentiell vorhandener Quartiere ist auf eine starke nächtliche Beleuchtung der Baustellen ebenso zu verzichten wie auf Lichteinträge, die über das normale Maß der Beleuchtung der Verkehrswege und der auf den Wohngrundstücken vorhandenen verriegelten Flächen hinausgehen. Die Beleuchtung sollte nur indirekt und mit "insektenfreundlichen" Lampen erfolgen (HSET-Lampen). Punktuelle Beleuchtungskonzentrationen sind zu vermeiden. Gebäude sollten nicht direkt angestrahlt werden."</p> <p><u>Wasserwirtschaft</u></p> <p>Aus wasserwirtschaftlicher Sicht weise ich darauf hin, dass in der Begründung die Regelung des Oberflächenwasserabflusses konkret aufzuzeigen ist. Die im Planentwurf getroffenen Aussagen sind unverbundlich. Eine Abflussverschärfung ist durch geeignete Maßnahmen zu unterbinden, auch wenn die befestigte Fläche zum ersten Entwurf des B-Planes abgenommen hat, ist eine Rückhaltung vorzusehen.</p> <p>Das Baugelbiet wird durch eine Gewässer III. Ordnung gekreuzt. Für die Verlegung, Verrohrung oder Verfüllung von Grabenabschnitten sind die dafür erforderlichen wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren vor Baubeginn durchzuführen und abzuschließen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es in der Vergangenheit in diesem Bereich zu erheblichen Problemen mit dem Wasserabfluss gab.</p>	<p>Die nebenstehenden Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Genehmigungs- und Ausführungsplanung berücksichtigt. Darüber hinaus wurde zur Regelung der Oberflächenentwässerung frühzeitig ein Fachbüro, die Ingenieurbüro Wessels und Grünfeld aus Garrel, damit beauftragt ein Entwässerungskonzept für die geplante Erweiterung des Gewerbebetriebes zu erarbeiten, sodass zukünftige Probleme mit dem Wasserabfluss ausgeschlossen werden können. Das Fachbüro stelle bereits fest, dass der Untergrund des Plangebietes als sehr schwach versickerungsfähig anzusehen ist. Da sich der Geltungsbereich des hier vorliegenden Bauungsplanes Nr. 106 „Dinklager Ring / Märtschendorfer Straße“ sowie die geplanten Erweiterungsabsichten des Bäckereibetriebes nach der frühzeitigen Beteiligung nun wesentlich verkleinert haben, verringerte sich zum Entwurf des Bauungsplanes ebenso der Versiegelungsgrad innerhalb des Planungsraumes. Für die geringfügige Erweiterung des</p>

Anregungen		Abwägungsvorschläge
<p>Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg Behörde für Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutz Theodor-Tantzen-Platz 8 26122 Oldenburg</p>		<p>bestehenden Betriebes ist demzufolge die Errichtung eines großen technischen Regenrückhaltebeckens im westlichen Teil des Geltungsbereiches nicht mehr erforderlich. Stattdessen wird nun mehr lediglich das Regenrückhaltebecken im Kreuzungsbereich benötigt, von wo aus das anfallende Oberflächenwasser gedrosselt in den, südlich des Dinklager Rings befindlichen, Grabes abgeleitet wird. Die entsprechenden wasserrechtlichen Anträge werden frühzeitig bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Vechta vorgelegt. Das voranstehende Fachbüro hat sich bereits mit dem Landkreis sowie der Wasserrecht abgestimmt und soweit alles geklärt, so dass aus Sicht der Wasserwirtschaft bzw. der Entwässerung keine Schwierigkeiten ergeben.</p>
<p>Seitens des Staatl. Gewerbeaufsichtsamtes Oldenburg werden aus im-missionsschutzrechtlicher Sicht keine Einwände erhoben. Anregungen und Hinweise sind ebenfalls nicht vorzubringen. Wir bitten nach Rechtskraft um Übersendung einer <u>elektronischen</u> Ausfertigung der Planunterlagen.</p>		<p>Die Stellungnahme des Staatl. Gewerbeaufsichtsamtes Oldenburg wird zur Kenntnis genommen. Der Bitte um Übersendung einer Ausfertigung der rechtskräftigen Planunterlagen in elektronischer Form wird nachgekommen.</p>
<p>Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband Georgstraße 4 26919 Brake</p>		<p>Die in Rede stehende Stellungnahme wird bereits berücksichtigt.</p>
<p>in unserem Schreiben vom 21. 11.2019- AP-LW-AWL/19/JW- haben wir bereits eine Stellungnahme zu dem oben genannten Vorhaben abgegeben. Bedenken und Anregungen werden daher, soweit unsere damaligen Hinweise beachtet werden, nicht mehr vorgetragen. <u>Redaktioneller Hinweis:</u> Die vorgenannte Stellungnahme ist aus Gründen der Vollständigkeit noch einmal aufgeführt. <i>wir haben die Aufstellung des oben genannten Bebauungsplanes zur Kenntnis genommen.</i></p>		<p><i>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</i></p>

Anregungen		Abwägungsvorschläge
<p>Das Gebiet ist voll erschlossen. Die vorhandenen Ver- und Entsorgungsleitungen dürfen nicht durch geschlossene Fahrbahndecken - ausgenommen an den Kreuzungsstellen - überbaut werden.</p> <p>Bei der Erstellung von Bauwerken sind Sicherheitsabstände zu den Versorgungsleitungen einzuhalten. Zu den Versorgungsleitungen sind ebenfalls Sicherheitsabstände einzuhalten. Ferner weisen wir darauf hin, dass wegen der erforderlicher Wartungs-, Unterhaltungs- und Erneuerungsarbeiten Überbaut werden dürfen. Um für die Zukunft sicherzustellen, dass eine Überbauung der Leitungen nicht stattfinden kann, werden Sie gebeten, ggf. für die betroffenen Leitungen ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht einzutragen.</p> <p>Um Beachtung des DVGW Arbeitsblattes W 400-1 wird gebeten.</p> <p>Im Hinblick auf den der Stadt obliegenden Brandschutz (Grundschutz) weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass die Löschwasserverhaltung kein gesetzlicher Bestandteil der öffentlichen Wasserversorgung ist. Die öffentliche Wasserversorgung als Aufgabe der Daseinsvorsorge wird durch die gesetzlichen Aufgabenzuweisungen des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes (NBrandSchG) nicht berührt, sondern ist von der kommunalen Löschwasserversorgungspflicht zu trennen.</p> <p>Eine Pflicht zur vollständigen oder teilweisen Sicherstellung der Löschwasserversorgung über das öffentliche Wasserversorgungsnetz (leitungsgebunden) besteht durch den OOWV nicht.</p> <p>Da unter Berücksichtigung der baulichen Nutzung und der Gefahr der Brandausbreitung unterschiedliche Richtwerte für den Löschwasserbedarf bestehen (DVGW-Arbeitsblatt W 405), ist frühzeitig beim OOWV der mögliche Anteil (rechnerischer Wert) des leitungsgebundenen Löschwasseranteils zu erfragen, um planungsrechtlich die Erschließung als gesichert anerkannt zu bekommen.</p> <p>Eventuelle Sicherungs- bzw. Umlegungsarbeiten können nur zu Lasten des Veranlassers oder nach den Kostenregelungen bestehender Verträge durchgeführt werden.</p> <p>Die Einzeichnung der vorhandenen Ver- und Entsorgungsleitungen in dem anliegenden Plan ist unmaßstäblich. Die genaue Lage gibt Ihnen</p>		<p>Die nebenstehende Stellungnahme der Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband wird zur Kenntnis genommen. Der Verlauf der unterirdischen Wasserleitung, der dem beigefügten Plan entnommen werden kann, wird innerhalb der Planunterlagen (Planzeichnung und Begründung) ergänzt. Ferner wird ein Schutzstreifen von 2,00 m ab der Leitungsmitte als Flächen mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten gem. § 9 (1) Nr. 21 BauGB zu Gunsten des Versorgungsträgers und Unterhaltungspflichten festgesetzt, um die Zugänglichkeit der Leitungen zu gewährleisten. Diese Bereiche sind darüber hinaus von Garagen und Nebenanlagen in Form von Gebäuden gem. §§ 12 (6) und 14 (1) BauNVO freizuhalten. Ausgenommen sind bauliche Anlagen, die im Falle von Reparatur- und Wartungsarbeiten kurzfristig entternet werden können.</p> <p>Die nebenstehenden Hinweise zur Löschwasserversorgung werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Ausführungsplanung berücksichtigt.</p>

Anregungen		Abwägungsvorschläge
<p>Dienststellenleiter Arkenau von unserer Betriebsstelle in Holdorf, 05494 / 9952011, in der Örtlichkeit an.</p> <p>Nach endgültiger Planfassung und Beschluss als Satzung wird um eine Ausfertigung eines genehmigten Bebauungsplanes, gerne auch digital, gebeten.</p>		<p>Der Bitte um Übersendung einer Ausfertigung wird nachgekommen.</p>
<p>Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Osnabrück Mercatorstraße 11 49080 Osnabrück</p>		
<p>zu dem Entwurf des o. 9. Bebauungsplanes nehme ich in straßenbaulicher und verkehrstechnischer Hinsicht wie folgt Stellung:</p> <p>Östlich des Geltungsbereiches des o. a. Bebauungsplanes verläuft zwischen dem Netzknotenpunkt 3314013 0 und dem Netzknotenpunkt 3314022 0, Abschnitt Nr. 34, die Landestraße 861 innerhalb einer nach § 4 (1) NStRG (Stand: in der Fassung vom 24.09.1980, letzte berücksichtigte Änderung: zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16.03.2021) zusammenhängend bebauten Ortslage.</p> <p>Zu der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 106 "Dinklager Ring I Mär-schenorfer Straße" nehme ich in straßenbaulicher und verkehrstechnischer Hinsicht wie folgt Stellung:</p> <p>Gegen die Aufstellung des o. a. Bebauungsplanes werden Einwendungen erhoben.</p> <p>Mit der Festsetzung der Baugrenzen bin ich einverstanden.</p> <p>Das Gelände kann aber nur über die heute schon vorhandene Zufahrt erschlossen werden. Entlang der Straßeneigentumsgrenze ist das Grundstück mit einer festen lückenlosen Einfriedigung zu versehen und in diesem Zustand dauernd zu erhalten (§ 24 NStRG in Verbindung mit Nr. 2 der Zufahrtrichtlinien und § 15 NBauO). Bitte tragen Sie entsprechend ein Zu- und Abfahrtsverbot in den B-Planentwurf ein.</p>		<p>Die nebenstehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Anregung wird dahingehend gefolgt, dass der in Rede stehende Bereich innerhalb der Planzeichnung um Festsetzungen zum Zu- und Abfahrtsverbot ergänzt werden. Gleichwohl ist nicht auszuschließen, dass für den Baustellenverkehr eine weitere, temporäre Zufahrt benötigt wird. Diese wird rechtzeitig bei der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr beantragt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen		Abwägungsvorschläge
<p>Mit dem Hinweis bezüglich der von der Landesstraße 861 ausgehenden Emissionen bin ich einverstanden.</p> <p>Ich bitte Sie, den o. a. Bebauungsplan zu ändern bzw. zu ergänzen, so dass die Zustimmung von der Straßenbauverwaltung erfolgen kann.</p> <p>Ich bitte um schriftliche Benachrichtigung über Ihre Abwägung meiner vorgetragenen Anregungen, Bedenken und geforderten Auflagen v o r Veröffentlichung des Bebauungsplanes.</p> <p>Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2 der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um digitale Übersendung einer Ausfertigung der gültigen Bauplanung einschließlich Begründung.</p>		<p>Der Bitte wird gefolgt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt und der Bitte um eine schriftliche Benachrichtigung sowie um eine Ablichtung der gültigen Bauleitplanung nach Abschluss des Verfahrens wird nachgekommen.</p>
<p>Hase-Wasseracht Bahnhofstraße 2 49632 Essen-Oldenburg</p> <p>im Geltungsbereich des o.g. B-Planes befindet sich kein Verbandsgewässer der Hase-Wasseracht. Sofern das gesammelte Niederschlagswasser über öffentliche Gräben oder Regenwasserkanalisationen in eines unserer Verbandsgewässer geleitet wird, ist Folgendes zu berücksichtigen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Feinstsedimente und Schwimmstoffe sind durch wirkungsvolle Maßnahmen zurückzuhalten. 2. Sämtliche Schäden die im oder am Gewässer aufgrund der beantragten Maßnahme entstehen, sind auf Kosten des Antragstellers zu beseitigen. 		<p>Die nebenstehenden Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. und im Rahmen der Genehmigungs- und Ausführungsplanung berücksichtigt. Das Fachbüro, die Ingenieurberatung Wessels und Grünfeld aus Garrel, hat sich bereits mit dem Landkreis sowie der Wasseracht abgestimmt und soweit alles geklärt, sodass aus Sicht der Wasserwirtschaft bzw. der Entwässerung keine Schwierigkeiten ergeben. Die entsprechenden wasserrechtlichen Anträge werden frühzeitig bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Vechta vorgelegt.</p>
<p>Avacon Netz GmbH Watenstedter Weg 75 38229 Salzgitter</p> <p>Die Sicherheitsabstände zu unserer sich südlich des Anfragegebietes befindlichen 110-kV- Hochspannungsfreileitung "Abzweig Dinklage", LH-14-051 (Mast 009-010) werden durch die DIN EN 50341-1 (VDE 0210-1) geregelt.</p>		<p>Die Stellungnahme der Avacon Netz GmbH sowie die nebenstehenden Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Genehmigungs- und Ausführungsplanung berücksichtigt.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Arbeiten und geplante Bauungen innerhalb des Leitungsschutzbereiches sind grundsätzlich im Detail mit uns abzustimmen. Die Lage des Leitungsschutzbereiches entnehmen Sie bitte dem beigefügten Lage- und Profiplänen.</p> <p>Beim Betrieb von Hochspannungsanlagen entstehen elektrische und magnetische Felder. Die Grenzweite unserer Hochspannungsanlagen werden nach der Bundesimmissionschutzverordnung (26. BImSchV, in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2013) eingehalten. Sollte Ihr geplantes Vorhaben Einfluss auf die Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte haben, sind die dadurch entstehenden Kosten, z. B. durch betriebliche Anpassung bis hin zur Ertüchtigung unserer Leitung, vom Verursacher zu tragen.</p> <p>Der Einwirkungsbereich zur Einhaltung der Grenzwerte von elektrischen Anlagen ist in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Verordnung über elektromagnetische Felder (26. BImSchVwV, in der Fassung vom 26. Februar 2016) ergänzend zur 26. BImSchV geregelt und umfasst bei Freileitungen mit einer Spannung ab 110 kV einen Radius von 200,00 m um die jeweiligen elektrischen Anlagen.</p> <p>Nach Abschluss von Baumaßnahmen ist der Avacon Netz GmbH vom Antragsteller ein Nachweis zu erbringen, dass die Grenzwerte nach der 26. BImSchV und der 26. BImSchVwV eingehalten werden.</p> <p>Bei einer Änderung der Flurstücke (Teilungen, Zusammenlegungen o. Ä.) sind alle Rechte des alten Bestandes auf den neuen Bestand zu übernehmen. Dies trifft für alle Flurstücke zu, die sich im Leitungsschutzbereich unserer 110-kV-Hochspannungsfreileitung befinden. Für die betroffenen Grundstücke ist eine neue Dienstbarkeit nach aktuellem Stand abzuschließen.</p> <p>Der spannungsabhängige Sicherheitsabstand zu unseren 110-kV-Hochspannungsfreileitungen (Abstand bei Arbeiten in der Nähe unter Spannung stehender Teile) beträgt in jedem Fall 5,00 m.</p> <p>Der Sicherheitsabstand zu den Leiterseilen muss jederzeit, auch bei Witterungseinflüssen wie Wind, eingehalten werden und darf keinesfalls unterschritten werden, da sonst Lebensgefahr besteht.</p>	

Anregungen		Abwägungsvorschläge
<p>Äußerste Vorsicht ist beim Einsatz von Baumaschinen (Kränen, Baggern, Aufzügen etc.) und Gerüsten sowie bei ähnlichen Vorrichtungen innerhalb der Baubeschränkungszone hinsichtlich der Freileitung geboten.</p> <p>Kranstellplätze unterliegen grundsätzlich einer Einzelfallüberprüfung. Dazu benötigen wir den genauen Kranstellplatz und die technischen Daten des Kranes.</p> <p>Arbeiten im Näherungsbereich von Hochspannungsfreileitungen erfordern eine örtliche Einweisung durch unseren dafür fachverantwortlichen Mitarbeiter. Bitte setzen Sie sich dazu mindestens drei Wochen vor dem gewünschten Termin mit uns in Verbindung.</p> <p>Sollte eine Freischaltung unserer 110-kV-Hochspannungsfreileitungen für Arbeiten innerhalb der Leitungsschutzbereiche erforderlich sein, berücksichtigen Sie bitte, dass eine Freischaltung nicht immer möglich ist. Eine benötigte Freischaltung ist mit einer Vorlaufzeit von mindestens vier Wochen vor dem gewünschten Freischaltermin von uns auf Durchführbarkeit zu prüfen. Die durch eine Verkehrssicherung oder Freischaltung entstehenden Kosten sind vom Verursacher zu tragen.</p>		
<p>EWE Netz GmbH Emsteker Str. 60 49661 Cloppenburg</p>		
<p>Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.</p> <p>Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.</p> <p>Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie Z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuerstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der</p>		<p>Die Stellungnahme der EWE Netz GmbH wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die nebenstehenden Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Genehmigungs- und Ausführungsplanung berücksichtigt.</p>

Anregungen		Abwägungsvorschläge
<p>Technik gelten. Gleiches gilt auch für die Neuherstellung. Z.B. Bereitstellung eines Stationsstellplatzes. Die Kosten der Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.</p> <p>Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.</p> <p>Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.</p> <p>Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens/Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können - damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt.</p> <p>Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite: https://www.ewe-netz.de/fleschaefstkunden/service/leitungsplaene-abrufen.</p> <p>Zur effizienten Bearbeitung von Anfragen und Stellungnahmen bauen wir unsere elektronischen Schnittstellen kontinuierlich aus. Bitte schicken Sie uns Ihre Anfragen und Mitteilungen zukünftig an unser Postfach info@ewe-netz.de.</p> <p>Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Frau Wernicke unter der folgenden Rufnummer: 04471 7011-295.</p>		<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird nachgekommen. Die EWE Netz GmbH wird weiterhin am Bauleitplanverfahren beteiligt.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen von Bürgern

von Bürgern wurden keine Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht.